

## Das Finanzprogramm der neuen Regierung.

Erklärungen des Reichschatzsekretärs Schiffer.

Der neue Staatssekretär des Reichschatzamt, Schiffer, machte einem Mitarbeiter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ über das Finanzprogramm der neuen Reichsregierung Mitteilungen. Der Staatssekretär erklärte im wesentlichen:

Die neue Regierung denkt nicht daran, irgend etwas von den Bedingungen der Kriegsanleihe, sowohl was die Schuldverschreibungen, als auch was die Reichschatzamtweisungen anbelangt, zu Ungunsten der Anleihebesitzer zu ändern. Es ist dies nicht ausdrücklich in den von Ihnen erwähnten Regierungserklärungen betont worden, es ergibt sich aber sinngemäß aus der Mitteilung, daß die Rechte der Kriegsanleihebesitzer nicht angefaßt werden sollen. Was den Besitzern der Kriegsanleihen versprochen ist, werden wir unbedingt halten; darüber herrscht nicht die geringste Meinungsverschiedenheit.

Soweit es sich darum handeln kann, einem Druck auf den Kurs der Kriegsanleihen entgegenzuwirken, der sich aus diesem Materialangebot ergeben kann, erhoffe ich einen guten Erfolg von der Aufnahmeaktion eines Konsortiums, das sich aus der Reichsbank und den Privatbanken bilden wird, sowie von anderen Maßnahmen, die noch in Vorbereitung sind. Ich möchte Sie aber besonders noch darauf hinweisen, daß die Kriegsanleihestücke nicht nur wie bisher bei einer Anzahl von bereits in Kraft getretenen Steuern zum Nominalwerte in Zahlung gegeben werden können, sondern daß den Kriegsanleihebesitzern diese gleiche Vergünstigung auch bei einer Anzahl neuer dafür geeigneter Steuern zugestanden werden wird. Ferner gilt das gleiche für die Bezahlung der aus den Heeresdepots der Volkswirtschaft zur Verfügung zu stellenden Rohstoffe und Materialien, bei denen es sich um Milliardenwerte handelt. Hier werden die Besitzer von Anleihen sogar direkt bevorzugt.

Die Noten- und Geldhamsterei hat sich aber nachgerade zu einem Unfug ausgewachsen, bei dem die Mitwirkenden sich schon längst nicht mehr darüber klar sind, welches ungeheure Maß von Verantwortung sie auf sich laden. Die glatte Abwicklung der Lohn- und Gehaltszahlungen hängt in erster Linie davon ab, ob überall rechtzeitig genug Bargeld zur Verfügung steht. Stocken die Zahlungen, so können heute mit Leichtigkeit Unruhen entstehen, deren Folgen niemand absehen kann. Darüberhinaus schwächen diese aus der Zahlungsnot sich ergebenden Zustände in unserem Wirtschaftsleben unseren Kredit im Auslande und wirken auf die Gestaltung unserer Valuta an den neutralen Märkten ungünstig ein.

Außerdem sollte man bedenken, daß in den Randgebieten Deutschlands, beispielsweise im Osten, in denen die Bevölkerung gegebenenfalls durch Abstimmung über ihre Staatszugehörigkeit entscheiden kann, die Neigung, beim Deutschen Reiche zu bleiben, durch kaum etwas anderes so stark geschwächt werden kann, als durch Unsicherheiten und Wirrwarr in unserem Geldverkehr und darüber hinaus in unserem Wirtschaftsleben.

Ich erkläre Ihnen schon heute, daß ich gegen die Steuerhinterziehung in jeder Form mit der äußersten Schärfe vorgehen werde. Das Steuerfluchtgesetz, das die Verschlebung von Geldern und Effekten ins Ausland verhindern soll, war nur ein Anfang; ihm werden entsprechende Maßnahmen für das Inland folgen. Unser Volk hat ein Anrecht darauf, daß die Verteilung der finanziellen Lasten nach dem Prinzip der Gerechtigkeit ganz rücksichtslos und gleichgültig, ob es sich um hoch oder niedrig handelt, durchgeführt wird.

Das Rechtsempfinden mag im Kriege stark gelitten haben, und man mag sich vielfach noch mehr als früher an den Gedanken gewöhnt haben, daß es kein Verbrechen sei, den Staat zu betrügen. Aber wir müssen uns zu der Ansicht durchringen, daß der Steuerhinterzieher, der gerade in dieser schweren Zeit sich weigert, nach seinen Kräften zur Unterhaltung des Reiches beizutragen und der die auf ihn entfallenden Lasten anderen, schwächeren Schultern aufbürden will, nicht besser ist, als irgendein anderer Betrüger, sondern schlimmer, und daß er sich von einem Landesverräter nicht sehr unterscheidet. Wenn jedoch der Appell an die sittlichen Kräfte versagen sollte, so werde ich mit den denkbar schärfsten Mitteln gegen die Steuerhinterzieher vorgehen, wo sie sich findet, und Sie können schon heute den „ganz Klugen“ draußen im Lande sagen, daß es angesichts der Maßnahmen, die ich vorbereite, ein sehr schlechtes Geschäft sein wird, den Versuch der Notenhamsterei und der Steuerhinterziehung fortzusetzen.

Die Kriegsgewinne werden mit voller Schärfe erfaßt werden. Wir werden neue Mittel und Wege finden, um die Beiträge, die ihrer Natur nach die eigentlichen Kriegsgewinne darstellen, wenigstens einigermaßen als solche auszuheben und härter zu belasten.

Die Grundlagen für unsere neue Steuergesetzgebung werden sich erst dann ermitteln lassen, wenn Klarheit geschaffen ist über den endgültigen Umfang des Reiches, über das Verhältnis des Reiches zu den Einzelstaaten im neuen Deutschland und sodann über den Geldbedarf selbst. Außerdem stehe ich auf dem Standpunkt, daß das Volk selbst einen vollauf berechtigten Anspruch auf weitestgehende Mitwirkung bei der Beschlussfassung über die künftige Steuergesetzgebung hat. Aus diesem Grunde halte ich es grundsätzlich für unmöglich, vor Zusammentritt der Nationalversammlung ein Programm aufzustellen. Das hindert natürlich nicht, daß ich an die Ausarbeitung und nötigenfalls an die Durchführung von Steuergesetzen in der Zwischenzeit gehen werde, die insofern notwendig werden, als ein Aufschub von mehreren Monaten das kommende Ergebnis wesentlich zu beeinträchtigen droht.